

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

Rathaus, Zi. 49 Willy-Brandt-Platz 2-6 D-44777 Bochum

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Rolf van Raden

Telefon: 0234 - 910 1916 Fax: 0234 - 910 1297

E-Mail: presse@linksfraktionbochum.de Internet: www.linksfraktionbochum.de

Presseinformation, 16.02.2017

## Public-Private-Partnership – ein unseriöses Finanzierungsmodell

DIE LINKE. im Bochumer Rat lädt für Donnerstag, den 23. Februar um 18 Uhr zu einer Veranstaltung in den Multifunktionssaal des Technischen Rathauses (Hans-Boeckler-Str. 19) ein. Das Thema: "Public Private Partnership – ein unseriöses Finanzierungsmodell". Für den Vortrag konnte die Linksfraktion den Journalisten und Publizisten Werner Rügemer gewinnen, der als einer der profiliertesten Kritiker\*innen der Verflechtungen zwischen Privatwirtschaft und Politik in Deutschland gilt.

Die aktuelle Bochumer Debatte dreht sich um einen Ratsbeschluss, dass die Stadt einen neuen Betriebshof nicht selbst bauen soll. Stattdessen soll er von einem privaten Investor errichtet werden, und die Stadt soll ihn dann über Jahrzehnte hinweg mieten. Weitere PPP-Projekte sind geplant, unter anderem bei den städtischen Senioreneinrichtungen. Rügemer charakterisiert solche Finanzierungsmodelle als "Komplizenschaft" zwischen öffentlicher Hand und Investoren. Er vergleicht sie mit den Crossboder-Leasing-Geschäften, vor denen er bereits vor Jahren in einer Reihe von Veranstaltungen in Bochum gewarnt hatte.

Den PPP-Deal für den neuen Betriebshof hat die rot-grüne Rathauskoalition gegen die Stimmen der Linksfraktion durchgesetzt. Bereits im vergangenen September hat der Rat "wegen des damit verbundenen erheblichen Planungsaufwandes" und für die "Beratungsleistungen der Anwaltskanzlei" zusätzliche überplanmäßige Ausgaben von 190.000 Euro für das Projekt freigegeben.

Dr. Rügemer wird an Beispielen aufzeigen, zu welchen desaströsen Folgen es in anderen Kommunen durch PPP-Geschäfte gekommen ist. Die Linksfraktion hat die Verwaltung und die anderen Fraktionen zu diesem Vortrag eingeladen und hofft, dass insbesondere die SPD und die Grünen ihre weiteren PPP-Planungen überdenken.

Anlage: Einladung

## **Public Private Partnership**

## ein unseriöses Finanzierungsmodell

mit Dr. Werner Rügemer | 23.02.17 18:00 Uhr | Technisches Rathaus Bochum



Werner Rügemer gilt als einer der profiliertesten Kritiker\*innen von Public Private Partnership (PPP). Foto: Sven Teschke (CC BY-SA 3.0 de)

Vortrag und Diskussion mit Dr. Werner Rügemer Einführung/Moderation: Horst Hohmeier, DIE LINKE. im Rat

> Wann: Donnerstag, 23. Februar, 18 Uhr Wo: im Technischen Rathaus Bochum (Hans-Boeckler-Str. 19, Multifunktionsraum)

Die Stadt Bochum ist pleite und muss sich ihren Haushalt von der Bezirksregierung genehmigen lassen. Für den durchaus sinnvollen Bau eines neuen Betriebshofs (jedenfalls erheblich notwendiger als ein Konzerthaus) braucht die Stadt 25 Millionen Euro. Gegen die Stimmen der Linksfraktion haben SPD und Grüne gemeinsam folgendes Modell durchgesetzt: Die Stadt sucht europaweit nach einem Investor, der den Betriebshof baut – und zahlt zukünftig Jahrzehnte lang eine Miete für das Objekt.

Diese Methode bezeichnet die Gewerkschaft ver.di als "versteckte Verschuldung". Die Finanzjongleur\*innen der Welt haben sich dafür den Begriff "Private Public Partnership" (PPP) ausgedacht. Der Wissenschaftler und Journalist Dr. Werner Rügemer charakterisiert dieses Finanzierungsmodell als "Komplizenschaft" zwischen öffentlicher Hand und Investoren. Denn eins ist völlig klar: Die Stadt zahlt nun nicht nur die Kosten für den Bau des Betriebshofs und die bereits jetzt absehbaren Kostensteigerungen, sondern auch ein ganzes Heer an Beratungsfirmen, Anwält\*innen und auch noch zusätzlich die Profite der Investoren. Bereits im vergangenen September hat der Bochumer Rat "wegen des damit verbundenen erheblichen Planungsaufwandes" und für die "Beratungsleistungen der Anwaltskanzlei" überplanmäßige Ausgaben von 190.000 Euro für das Projekt freigegeben.

Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und die rot-grüne Rathauskoalition wollen offensichtlich noch weitere Projekte derart unseriös finanzieren. Die Linksfraktion im Bochumer Rat hat Dr. Werner Rügemer eingeladen, um an Beispielen aufzuzeigen, welche desaströsen Folgen diese neoliberalen Finanzierungsmodelle in anderen Kommunen bereits hatten. Durch undurchsichtige – selbst vor den Ratsmitgliedern geheimgehaltene – Verträge sind häufig noch enorme weitere Risiken bei diesen Deals entstanden.